

Info zur aktuellen Tarifrunde Luftsicherheit

Ver.di agiert ganz bewusst mit Halbwahrheiten um einen Streik zu provozieren

In der Tarifaueinandersetzung für die Luftsicherheit agiert Ver.di bewusst nur mit einer Zahl: Arbeitgeber bieten **2 % Erhöhung an**.
Das stimmt so nicht ganz!

Richtig ist, dass ver.di und die Arbeitgeber bundesweit gleiche Löhne für gleiche Tätigkeiten im Bereich der Luftsicherheit wollen. Mit dem Vorschlag der Arbeitgeber müssen auch die Länder, die im Vergleich mit anderen heute schon einen hohen Lohn haben, nicht auf Erhöhungen verzichten - ABER um eine Angleichung zu schaffen, müssten sie mit einer geringeren prozentualen Erhöhung zufrieden sein, als die, die die derzeit niedriger entlohnten Länder bekommen. Und genau an diesem Punkt kommen die 2 Prozent ins Spiel, denn mit denen geht es los:

Richtig ist, dass wir für die Tätigkeit nach §§ 5, 8 und 9 LuftSiG in den derzeit am höchsten entlohnten Bundesländern jeweils eine Erhöhung um 2 % angeboten haben. Für die anderen Bundesländer bedeutet dieser Startwert Folgendes:

§ 5 LuftSiG

Bundesland	Angebot
Baden-Württemberg	2,0 %
Berlin/Brandenburg	2,2 %
Bremen	3,0 %
Hamburg	3,0 %
Hessen	2,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	5,4 %
Niedersachsen	3,0 %
Nordrhein-Westfalen	2,7 %
Rheinlandpfalz/Saarland	4,2 %
Sachsen	5,4 %
Sachsen-Anhalt	5,4 %
Schleswig-Holstein	3,0 %
Thüringen	5,4 %

§ 8, 9 LuftSiG mit PWK

Bundesland	Angebot
Bayern	2,0 %
Baden-Württemberg	3,0 %
Berlin/Brandenburg	3,2 %
Bremen	3,4 %
Hamburg	3,4 %
Hessen	3,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	6,0 %
Niedersachsen	3,4 %
Nordrhein-Westfalen	3,6 %
Rheinlandpfalz/Saarland	4,7 %
Sachsen	6,0 %
Sachsen-Anhalt	6,0 %
Schleswig-Holstein	3,4 %
Thüringen	6,0 %

§ 8, 9 LuftSiG ohne PWK

Bundesland	Angebot
Baden-Württemberg	2,0 %
Bremen	2,0 %
Hamburg	2,0 %
Niedersachsen	2,0 %
Schleswig-Holstein	2,0 %
Bayern	2,5 %
Berlin/Brandenburg	3,9 %
Hessen	2,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	6,4 %
Nordrhein-Westfalen	3,5 %
Rheinlandpfalz/Saarland	4,5 %
Sachsen	6,4 %
Sachsen-Anhalt	6,4 %
Thüringen	6,4 %

Richtig ist auch, dass wir in Sondierungen signalisiert haben, dass wir den Startwert von 2 Prozent – und damit entsprechend auch alle anderen Erhöhungen noch erhöhen würden. Ver.di bewegt sich allerdings kein Stück, sondern fordert weiterhin 20 € für alle Tätigkeiten mit behördlicher Prüfung. Das ist völlig realitätsfern und keine Verhandlung.

Wir werden am 23. Januar weiter verhandeln. Aus unserer Sicht ist ein Streik völlig überzogen.